Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf · Nr 11 · B 5 — MITTWOCH, 7. JANUAR 1931 — ABEND-AUSGABE · V

Schlichtung geht weiter

Die heutigen Verhandlungen im Ruhrbergbau ergebnislos

Die Verhandlungen über einen Schiedsspruch im Ruhrbergbau, die für heute angesetzt waren, sind ergebnislos verlaufen. Der Schlichter, Professor Brahn, teilte den Parteien mit, daß sie sich für Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag zu neuen Verhandlungen bereithalten möchten. Die Parteien waren damit einverstanden. Wie unser Essener Korrespondent dazu mitteilt, hatte der Schlichter einen 6prozentigen Lohnabbau vorgeschlagen.

*

Da die Kündigungen zum 15. Januar erfolgt sind, steht noch eine Woche für die weiteren Verhandlungen zur Verfügung. Die Reichsregierung hat bereits gestern erklären lassen, daß sie an ihrem Standpunkt festhalte, eine gewaltsame Austragung des Konfliktes wäre in der gegenwärtigen Gesamllage Deutschlands nicht zu verantworten. Man muß erwarten, daß auch der Zechenverband sich dieser Erkenntnis nicht verschließen wird.

In einer Erklärung der Bergbauindustrie wurde gestern noch einmal die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Erwartung sich nicht erfüllt habe, es werde schon zum 1. Januar eine Lohnsenkung erfolgen, die der am 1. Dezember eingetretenen Preisermäßigung für Kohlen entspreche. Der Ruhrbergbau habe nach dem ganzen Gang der Verhandlungen annehmen müssen, daß der Reichswirtschaftsminister sich für eine Lohnsenkung von mindestens 8 v. H. ab 1. Januar einsetzen werde, und daß er sich dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzler befinde. Eine weitere Enttäuschung liege darin, daß der Reichsarbeitsminister im Dezember erklärt habe, einen verbindlichen Schiedsspruch so zeitig herbeiführen zu wollen, daß die Lohnsenkung ab 1. Januar eintreten könne. Hätte diese Erklärung nicht vorgelegen, so wäre die Kündigung schon zum 1. Januar ausgesprochen.

Soweit die Erklärung des Zechenverbandes, aus der sich ergibt, daß eine Lohnsenkung von 8 v. H. das eigentliche Ziel der Bergwerksbesitzer darstellt. Die Forderung auf 12 v. H. war offenbar nur zu Verhandlungszwecken gestellt. Bei den Gewerkschaften wurde ein 4prozentiger Lohnabbau als Höchstmaß bezeichnet. In der Mitte zwischen diesen Prozentsätzen liegt der Vorschlag, den der Schlichter heute gemacht hat.

Die Reichsregierung hat die öffentliche Meinung hinter sich, wenn sie ihre Autorität für die Ueberbrückung der Differenz einsetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften sich in einem harten Abwehrkampf gegen unverantwortliche politische Treibereien befinden, bei dem Links- und Rechtsradikale zusammenspielen. Die Disziplin der gewerkschaftlich organisierten Bergleute hat sich auch diesmal bewährt. Kein verantwortungsbewußter Wirtschaftler könnte es verantworten, diese Disziplin einer allzu harten Belastungsprobe auszusetzen.

Ende des wilden Streiks

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 7. JANUAR

In der heutigen Morgenschicht fehlten von 126 434 Bergleuten 5498, unter denen sich 1853 Arbeiter befinden, die wegen Beteiligung an dem wilden Streik entlassen worden sind.

Im Vergleich zur Morgenschicht von vorgestern (der gestrige Tag kann wegen des katholischen Feiertages nicht zum Vergleich herangezogen werden) ist folgender Rückgang in den Streikziffern zu verzeichnen: Bezirk Krefeld von 22,72 auf 4 v. H., Bezirk Dinslaken von 43,76 auf 29,50 v. H., Bezirk Duisburg-Hamborn von 52,67 auf 34,05 v. H., Bezirk Gladbeck von 13,93 auf 8,37 v. H., Bezirk Hamm von 26,49 auf 16,48 v. H. In allen übrigen Revieren kann der Streik als erloschen betrachtet werden.

Die Fehlziffer beträgt insgesamt 3,64 v. H. der Belegschaft gegen 7,10 v. H. in der Morgenschicht vom 5. Januar. In der Fehlziffer sind die Entlassenen noch einbegriffen.

Markenartikel werden billiger!

Mindestsenkung zehn Prozent

Die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über Preisbindung von Markenartikeln sind in den letzten Tagen derart gefördert worden, daß man in absehbarer Zeit mit einer Verordnung rechnen darf. Wie die „Vossische Zeitung" von gut unterrichteter Seite erfährt, ist beabsichtigt, allen Fabrikanten, die seit dem 1. August keine Preisermäßigungen durchgeführt haben, eine etwa 14tägige Frist zu stellen. Innerhalb dieser muß eine Senkung der Preise um mindestens 10 v. H. erfolgen, oder der betreffende Artikel verliert seinen Preisschutz.

Es ist nicht beabsichtigt, daß die Gesamtkosten der Aktion von der Industrie getragen werden sollen. Vielmehr denkt man sich die Dinge so, daß Industrie und Einzelhandel etwa je 4 v. H. auf sich zu nehmen haben, während die restlichen 2 v. H. dem Großhandel zur Last fallen sollen. Hierbei ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich der pharmazeutischen Spezialitäten, die ja numerisch einen sehr bedeutenden Prozentsatz der gesamten Markenartikel ausmachen.

Den Einzelhändlern mit Arzneimitteln, d. h. den Apothekern, ist ihr Nutzen an dem Spezialitätenhandel durch die Arzneitaxe gewissermaßen garantiert. Die Arzneitaxe festzusetzen, ist verfassungsmäßige Aufgabe des Reichsinnenministeriums, ohne dessen Mitwirkung also in der ganzen Frage eine generelle Aenderung nicht eintreten kann. Die Verhandlungen an dieser Stelle gehen nur langsam voran, zumal die Apotheker ihre privatwirtschaftlichen Interessen energisch vertreten. Da aber das Reichswirtschaftsministerium auf Entscheidung drängt, ist anzunehmen, daß man auch hier eine entsprechende Formel findet. Es scheint, daß der Streit sich zurzeit in der Hauptsache darum dreht, ob der Apothekenrabatt von 66 oder 60 Prozent ermäßigt wird.

Bei den preisgeschützten Lebensmitteln, deren Anzahl erheblich geringer ist, sind Preisermäßigungen zum Teil bereits durchgeführt worden. Diese werden indessen dort, wo sie noch nicht ganz den Umfang von 10 v. H. erreichen, wie zum Beispiel bei Kaffee-Ersatzmitteln, die von 55 auf 50 Pfennig ermäßigt sind, noch weiter ausgebaut werden müssen. Auch die Spirituosen sollen nach neueren Meldungen von der Aktion mit erfaßt werden. Hier machen sich Bestrebungen geltend, die ausgesprochenen Luxusartikel, wie Schaumweine, feinere Liköre, Weinbrände usw., auszunehmen. Man scheint aber auf derartige Sonderbestimmungen verzichten zu wollen, da sich der Begriff „Luxusartikel" nur sehr schwer umgrenzen läßt. Ungeklärt ist noch die Frage, ob die Tabakwaren, namentlich auch die Zigaretten, mit in die Aktion einbezogen werden sollen.

*

Der Verband deutscher Porzellangeschirr-Fabriken hat jetzt beschlossen, die bisher üblichen Minimalpreise aufzuheben und es jeder Fabrik zu ermöglichen, nach Maßgabe ihrer individuellen Gestehungskosten ihre Ware zu verkaufen. Hierdurch ist bereits eine Preisermäßigung eingetreten.

Abrüstungs-Konferenz am 1. März 1932?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 7. JANUAR

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, will Außenminister Henderson in der am 19. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundrates vorschlagen, die Weltabrüstungskonferenz im Jahre 1932 zum 1. März einzuberufen.

„Deutsche Welle"

Die erste Radio-Volkshochschule

Von

MINISTERIALRAT HANS GOSLAR,

Mitgl. des Aufsichtsrats der „Deutschen Welle".

In Hunderten von deutschen Ackerbürgerstädtchen sitzen in knappen Mußestunden Aerzte am Empfangsapparat, die sonst im täglichen Kleinkram der anstrengenden und mühsamen Landpraxis aufgehen, hören mit brennendem Interesse den Vortrag eines berühmten Berliner, Heidelberger oder Bonner Kollegen, der über die neuesten Erfahrungen und Forschungsergebnisse des Gebietes berichtet, auf dem er anerkannte Autorität ist. Die „Deutsche Welle" sendet — nach einem wohldurchdachten System. Seine Grundlage ist der Wille, auf diesem wie auf einer großen Zahl anderer Gebiete nach Möglichkeit den im ganzen Lande zerstreuten ungezählten wissensdurstigen und aufnahmebereiten Menschen aller sozialen und Bildungsschichten von der Universitas des heutigen Wissens einen großen, für ihre Berufsausbildung und praktische Lebensformung, wie für das geistige Hinauswachsen über die Grenzen und Schranken eines Berufes wichtigen Teil zu vermitteln. Und dies in einer Form, die durch klare, gemeinverständliche Darstellung und eindringliche Art der Schilderung dem Volkshochschulgedanken in seiner besten Ausprägung am nächsten kommt.

Ob die vielen Tausende und aber Tausende von Volksschullehrern und Pädagogen an höheren Lehranstalten im Lande sich selbst am „Pädagogischen Funk" aus der Praxis der Schularbeit mit neuen Erkenntnissen bereichern und Anregung für die eigene Arbeit gewinnen, oder ob sie wöchentlich den einen oder andern instruktiven Vortrag aus den überaus abwechslungsreichen „künstlerischen Darbietungen für die Schule" oder aus der „Kulturgeschichte", der „Staatsbürgerkunde" und „Geschichte" oder den „Naturwissenschaften" in eine Schulstunde als Lautsprecherdarbietung einschalten und den Unterricht dadurch in einer gegen früher umgewandelten Art verlebendigen und verschönern — überall ein starkes, neue Impulse entzündendes Ausstrahlen von geistigen Energien. Grade die „Provinz", das Land und die Städte ohne stark pulsierendes Leben hatten das in diesem Maße bisher nicht gekannt und in ihren besten Menschen bitter vermißt. — Der „Volkswirtschaftsfunk" stellt in ungeschminkter Rede und Gegenrede der beiden Gegenpole, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, alle Probleme der arbeitenden Menschen zur Debatte und leuchtet in die in der Oeffentlichkeit so oft nur dilettantisch abgehandelten Gebiete der „Rationalisierung", der „Bevölkerungspolitik" und vor allem der heiß umstrittenen „Finanz-", „Steuer-" und „Reparationsfragen" wie auch der „Volks-" und „Weltwirtschaft" bis in die letzten Ausläufer kritisch-sachverständig hinein.

Mit besonderer Liebe und Sorgfalt wird die Landwirtschaft, werden all ihre theoretischen Grundlagen und betriebswissenschaftlichen Lehren, sowie praktischen Tagesbedürfnisse behandelt. Unmöglich — „Kunst"-, „Philosophie"-Lehrgänge und vieles andere haben wir ganz links liegen lassen —, alles auch nur skizzenhaft zu erwähnen, was an gut gesichteten und systematisch-sorgfältig auseinandergeschichteten Wissensstoff für Menschen aller Kulturkreise, unter Verzicht auf reine Unterhaltung und auf Konzessionen, an die nur Zerstreuung suchende Radio-Hörerschaft gesendet wird! Es würde den Rahmen eines Artikels sprengen.

Am 7. Januar, dem Tage, an dem auf die Initiative des Schöpfers des deutschen Rundfunks, Staatssekretär Dr. Bredow, und unter tatkräftiger Unterstützung von Reichs- und preußischer Regierung die zur „gesprochenen" Volkshochschule von Anfang an bestimmte „Deutsche Welle" zu senden begann, sieht, mögen auch fünf Jahre im allgemeinen sonst noch nicht genügend Abstand schaffen, um zu einem gesammelten Rückblick zu kommen, das eine fest: Die größte und pädagogisch verlockendste Volksbildungsaufgabe, die je einem Institut gestellt war: einer theoretisch nach oben völlig unbegrenzten Zahl deutscher Menschen innerhalb des Reichsgebietes und — Auslandsdeutschtums! — außerhalb der neuen Grenzen Kulturwerte aller Art und Bildungsgrundlagen nach freier, ungehemmter Wahl einer sachverständigen Leitung zu vermitteln, ist in gute Hände gelegt. Professor Dr. Schuboß und seine engsten Mitarbeiter Dr. Dirre, Dr. Roesler und Dr. Würzburger mit ihrem Stab haben sich unablässig und erfolgreich bemüht, Pioniere für die völlig neue, von keinem Vorgänger noch systematisch angestrebte populärwissenschaftliche Schulung der Hörer durch den Rundfunk zu werden.

Gewiß, das alles sind erst Anfänge: Wellenmangel in Deutschland, Rationalisierungsmaßnahmen — die nur vor-